



Den Rüstungsetat senken! Soziale und ökologische Probleme lösen!

Die Konfrontation des Kalten Krieges ist zurück. Die Welt wird zu einer zerbrechlichen Einheit. Aggressiver Nationalismus breitet sich aus. Soziale Ungleichheiten spitzen sich zu. Die globale Klimakrise bedroht die Menschheit. Kriege und Naturzerstörung sind entscheidende Gründe für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie zeigt, dass die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute. Wir brauchen zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit.

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei.

Abrüstung findet nicht statt, zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle wurden durch die USA aufgekündigt. Neue, noch gefährlichere Atomwaffen werden weltweit und auch in Deutschland stationiert. Die Militärausgaben erreichen neue Rekordhöhen; im Jahr 2019 betragen sie weltweit rund 1,92 Billionen US-Dollar, wovon ca. die Hälfte von den NATO-Mitgliedsstaaten ausgegeben wurde. Mit 732 Milliarden US-Dollar betragen die Rüstungskosten der USA fast das Dreifache der chinesischen und mehr als das Elffache der russischen Ausgaben. Deutschland liegt auf Platz sieben und hatte 2019 den höchsten Zuwachs unter den ersten 15 Staaten, und der Rüstungsetat soll weiter kräftig gesteigert werden. Bei den Waffenexporten erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf. Der Wahnsinn muss gestoppt werden. Andernfalls lassen sich die notwendigen sozialen und ökologischen Reformen nicht finanzieren.

Auf- und Hochrüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verschärft die Gefahr neuer Kriege und verschwendet wertvolle Ressourcen, die für eine friedliche Weltordnung dringend gebraucht werden – für den Klimaschutz, die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Entwicklungszusammenarbeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Die doppelte Gefahr eines Selbstmords der menschlichen Zivilisation ist denkbar geworden, durch die Hochrüstung genauso wie durch die unge lösten sozialen und ökologischen Krisen.

Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um Frieden zu schaffen und dauerhaft Abrüstung und Frieden zu verwirklichen. Für eine neue Entspannungspolitik in gesamt-europäischer Perspektive ist eine starke Zivilgesellschaft notwendig, nicht Spaltung

und Ausgrenzung und schon gar nicht ein neuer Nationalismus. Europa muss zu einem zivilen Friedensprojekt werden. Verantwortung übernehmen heißt deshalb: Abrüsten statt aufrüsten.

Im November 1980 wurde der Krefelder Appell vorgestellt, mehr als fünf Millionen BundesbürgerInnen haben ihn im Laufe der Jahre unterstützt. Damals lehnte die Friedensbewegung die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ab. Heute fordern wir, dass Deutschland und die europäischen Staaten dem Atomwaffenvertragsvertrag beitreten. Und wir wenden uns gegen das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Ziele auszugeben.

Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Der Rüstungsexport an Krisenregionen, an kriegsführende Staaten und an diktatorische oder autokratische Regime muss schnellstmöglich beendet werden. Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgestattet werden. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland und sprechen uns für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aus.

Das Gebot der Stunde lautet: Investitionen in die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation – in Hochschulen, Schulen und Kitas, in den sozialen Wohnungsbau, in die öffentliche Infrastruktur, in mehr soziale Sicherheit und in den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft.

Anlässlich der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag fordern wir, den Rüstungsetat zu senken. Das Geld wird für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft benötigt.

**Wer den Frieden will,
muss für den Frieden kämpfen.**

**Dezentraler Aktionstag der Friedensbewegung
Samstag, 5. Dezember
Hamburg, 12.30 bis 14.30 Uhr
Rathausmarkt**

Es sprechen u. a.:

**Klaus Wicher, SoVD Hamburg
Christoph von Lieven, Greenpeace
Berthold Bose, ver.di Hamburg**

**Es singt der Chor Hamburger
Gewerkschafter*innen**

